

TERMINES

Gesetzgebungsverfahren

Gesetze – Corona-Pandemie

Zweites Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite - zustimmungspflichtig -

- Neuregelungen zu Tests auf COVID-19 und auf Antikörper, erweiterte Meldepflicht
- Neuregelungen zur Finanzierung von Tests für symptomfreie Versicherte und nicht gesetzlich Versicherte
- Ausnahmen von Prüfungen bei Krankenhausbehandlungen
- Einführung des Prüfquotensystems für Krankenhausabrechnungen wird auf das Jahr 2022 verschoben
- Begrenzung und Klarstellung zum vorläufigen Pflegeentgeltwert
- Pflegekräfte erhalten „Corona-Prämie“
- Mindestausgaben der Kassen für Prävention Corona-bedingt aufgehoben
- BMG plant Bundeszuschüsse für GKV und SPV

Am Tag nach Verkündung	Inkrafttreten
15.05.2020	Abschluss Bundesrat
14.05.2020	2./3. Lesung Bundestag
11.05.2020	Anhörung im Gesundheitsausschuss
07.05.2020	1. Lesung Bundestag
29.04.2020	Kabinettsbeschluss
20.04.2020	Formulierungshilfe für die Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Gesetz zum Ausgleich COVID-19 bedingter finanzieller Belastungen der Krankenhäuser und weiterer Gesundheitseinrichtungen (COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz)

- zustimmungsfrei -

- Erhöhung des vorläufigen Pflegeentgeltwerts um rund 38 Euro auf 185 Euro pro Tag
- Kompensation von Einnahmeausfällen aus nicht belegten Betten ab 16.03.2020, Höhe der tagesbezogenen Pauschale beträgt 560 Euro.
- Bonuszahlung i.H.v. 50.000 Euro für jedes zusätzlich geschaffene Intensivbett im Krankenhaus
- Reduzierung der quartalsweisen Abrechnungsquote von 12,5 % auf 5 %
- Zuschlag von 50 Euro/je voll-/teilst. Patient für persönliche Schutzausrüstung auf 12 Wochen begrenzt
- Ausgleichszahlungen für niedergelassene Ärzte und Psychotherapeuten, die im Rahmen der Pandemie Umsatzminderungen von mehr als 10 % verzeichnen
- Erstattung von Kosten für außerordentliche Maßnahmen im ambulanten Bereich (z. B. Betrieb von Schwerpunktambulanzen)
- Bis 30.09.2020 befristete Veränderungen in der Sozialen Pflegeversicherung, u. a. keine persönliche Pflegebegutachtung, Aussetzung Qualitätsprüfung in Pflegeheimen, Veränderung Bearbeitungsfrist Pflegeantrag
- Übernahme durch die Pandemie verursachte außerordentliche Aufwendungen und Mindereinnahmen der Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste

28.03.2020	Inkrafttreten
27.03.2020	2. Durchgang Bundesrat
25.03.2020	1./2./3. Lesung Bundestag
23.03.2020	Kabinettsbeschluss

Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite

- zustimmungspflichtig -

- Deutscher Bundestag stellt epidemische Lage von nationaler Tragweite fest – umfangreiche Änderungen des Infektionsschutzgesetzes
- BMG wird ermächtigt, durch Anordnung oder Rechtsverordnung Maßnahmen ohne Zustimmung des Bundesrates zu treffen: Regelungen zur Grundversorgung mit Arzneimitteln, Betäubungsmitteln, Medizinprodukten, Labordiagnostik, Hilfsmitteln, Gegenständen der persönlichen Schutzausrüstung und Produkten zur Desinfektion sowie Stärkung der personellen Ressourcen im Gesundheitswesen
- Robert Koch-Institut (RKI) kann Zusammenarbeit zwischen den Ländern, den Ländern und dem Bund sowie weiteren beteiligten Behörden koordinieren

28.03.2020	Inkrafttreten
27.03.2020	Abschluss Bundesrat
25.03.2020	1./2./3. Lesung Bundestag
23.03.2020	Kabinettsbeschluss

Verordnungen – Corona-Pandemie**Verordnung zum Ausgleich COVID-19 bedingter finanzieller Belastungen der Zahnärztinnen und Zahnärzte, der Heilmittelbringer und der Einrichtungen des Müttergenesungswerks oder gleichartigen Einrichtungen sowie zur Pflegehilfsmittelversorgung**

(COVID-19-Versorgungsstrukturen-Schutzverordnung – COVID-19-VSt-SchutzV)

- Auszuzahlende Gesamtvergütung Zahnärzte für 2020 auf 90 % des Niveaus 2019 festgeschrieben
- Einmalige Ausgleichszahlung Leistungserbringer Heilmittel für drei Monate (40 % der Vergütung im Q4/2019)
- Erstattung 60 % Einnahmeausfälle für Einrichtungen Mutter-Vater-Kind-Kuren – Finanzierung aus der Liquiditätsreserve
- Befristete Erhöhung der Monatspauschale für zum Verbrauch bestimmter Pflegehilfsmittel

05.05.2020	Inkrafttreten
16.04.2020	Referentenentwurf

Verordnung über Abweichungen von den Vorschriften des Fünften Buches Sozialgesetzbuch, des Apotheken- gesetzes, der Apothekenbetriebsordnung, der Arzneimittelpreisverordnung, des Betäubungsmittelgesetzes und der Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung infolge der SARS-CoV-2-Epidemie

(SARS-CoV-2-Arzneimittelversorgungsverordnung)

- Einführung von Zuschlägen in Höhe von 5 Euro in der AMPreisV, die von Apotheken bei der Abgabe von Arzneimitteln im Botendienst pro Lieferort erhoben werden können
- Apotheken können eine von den Krankenkassen zur Verfügung gestellte Einmalzahlung in Höhe von 250 Euro zur Förderung der Botendienste erheben
- Apotheken erhalten erweiterte Austauschrechte, wenn verordnetes Arzneimittel nicht vorrätig ist (keine Retaxation der Kassen)
- Vorschriften zum Entlassmanagement der Krankenhäuser werden für Verordnung von Arzneimitteln erweitert (Verordnung bis zu 14 Tage, größte Packungsgröße), auch AU-Bescheinigungen für 14 Tage möglich
- Produkte des medizinischen Bedarfs sollen befristet einer Marktüberwachung des BMG unterliegen. Die Hersteller werden verpflichtet, dem BMG jederzeit Auskünfte über die Bestände, die Produktion, den Vertrieb und die Preise der Produkte zu erteilen.

<ul style="list-style-type: none"> Hersteller erhalten den Auftrag, den Handel mit überwachten Produkten einzuschränken oder Verbote zu erlassen, Produkte des medizinischen Bedarfs zu verkaufen, soweit dies zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung erforderlich ist. 	
Mit Aufhebung der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite durch den Bundestag, spätestens jedoch am 30.09.2020	Außerkraftrtreten
22.04.2020	Inkrafttreten
06.04.2020	Referentenentwurf

Verordnung zur Beschaffung von Medizinprodukten und persönlicher Schutzausrüstung bei der durch das Coronavirus SARS-CoV-2 verursachten Epidemie	
<ul style="list-style-type: none"> Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Medizinprodukten und persönlicher Schutzausrüstung im Zusammenhang mit der durch das Coronavirus SARS-CoV-2 verursachten Epidemie Abgabe medizinischer Produkte nur an medizinisches Personal – nicht an andere Personen im freien Markt 	
10.04.2020	Inkrafttreten
07.04.2020	Referentenentwurf

Verordnung zur Aufrechterhaltung und Sicherung intensivmedizinischer Krankenhauskapazitäten (DIVI IntensivRegister-Verordnung)	
<ul style="list-style-type: none"> Tägliche Meldepflicht für Krankenhäuser über freie Intensivbetten an das DIVI IntensivRegister 	
10.04.2020	Inkrafttreten
03.04.2020	Referentenentwurf

Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Aufrechterhaltung und Sicherung intensivmedizinischer Krankenhauskapazitäten (DIVI IntensivRegister-Änderungs-Verordnung – IRÄV)	
<ul style="list-style-type: none"> Anpassung des Zeitpunktes der täglichen Meldepflicht für Krankenhäuser über freie Intensivbetten an das DIVI IntensivRegister Neonatologische sowie pädiatrische Beatmungskapazitäten müssen gesondert ausgewiesen werden 	
Mit Aufhebung der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite durch den Bundestag, spätestens jedoch am 31.03.2021	Außerkraftrtreten
am Tag nach Verkündung	Inkrafttreten
07.05.2020	Referentenentwurf

Weitere Gesetze und Verordnungen

Verordnung zur Neufassung der Datentransparenzverordnung und zur Änderung der Datentransparenz-Gebührenverordnung	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechtsverordnung zur Umsetzung § 303a-e SGB V Digitale-Versorgung-Gesetz (DVG) ▪ Umsetzung der Datenlieferungen der Krankenkassen (Lieferpseudonym) an Datensammelstelle beim GKV-SV ▪ Einrichtung eines Forschungsdatenzentrums (BfArM) und einer Vertrauensstelle (RKI) ▪ Von den Krankenkassen übermittelte Kosten- und Leistungsdaten werden von der Datengrundlage des Risikostrukturausgleichs losgelöst 	
14.05.2020	Referentenentwurf

Gesetz zum Schutz elektronischer Patientendaten in der Telematikinfrastruktur (Patientendaten-Schutz-Gesetz – PDSG)	
- zustimmungsfrei – besonders eilbedürftig	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Weiterentwicklung der elektronischen Patientenakte (ePA) in mehreren Ausbaustufen bis 2023 ▪ Unterstützung der Versicherten bei der Führung ihrer ePA durch klar geregelte Ansprüche gegenüber Leistungserbringern und Krankenkassen ▪ Detailliertes Zugriffskonzept für Versicherte auf die ePA über geeignete Endgeräte ab 01.01.2022 ▪ Vorgabe für Zugriffskonzept in Arztpraxen, Krankenhäusern und Apotheken für Versicherte ohne Endgerät ▪ Freiwillige Datenspende von Versicherten für die Forschung ab 2023 ▪ Elektronische Verordnung verschreibungspflichtiger Arzneimitteln in der Telematikinfrastruktur (TI) verpflichtend ab 01.01.2022 ▪ Weitere Vorgaben der TI u. a. für e-Rezept, Grünes Rezept, digitalen Überweisungsschein ▪ Sicherstellung semantischer Interoperabilität von medizinischen Daten 	
27.05.2020	Anhörung im Gesundheitsausschuss
15.05.2020	1. Lesung Bundesrat
07.05.2020	1. Durchgang Bundestag
01.04.2020	Kabinettsbeschluss
24.02.2020	Verbändeanhörung BMG
04.02.2020	Referentenentwurf

Gesetz zur Stärkung von intensivpflegerischer Versorgung und medizinischer Rehabilitation in der gesetzlichen Krankenversicherung (Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz – GKV-IPReG)	
- zustimmungsfrei -	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zugang zu geriatrischer Rehabilitation nach vertragsärztlicher Verordnung ohne Überprüfung durch Krankenkassen ▪ Stärkung des Wahlrechts der Versicherten bei der Auswahl der Rehabilitationseinrichtung ▪ Entkoppelung der Vergütung in Rehabilitationseinrichtungen von der Grundlohnsumme ▪ Neuer Leistungsanspruch auf vollstationäre außerklinische Intensivpflege ▪ Ausweitung der qualitativen Anforderungen an die Leistungserbringer ▪ Vollständige Kostenübernahme der Krankenkassen für Intensivpflege in stationären Einrichtungen 	
15.05.2020	1. Durchgang Bundesrat
12.02.2020	Kabinettsbeschluss

06.12.2019	Referentenentwurf: Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz – GKV-IPREG
11.09.2019	Verbändeanhörung BMG
13.08.2019	Referentenentwurf: Reha- und Intensivpflege-Stärkungsgesetz – RISG

Siebtes Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze**(7. SGB IV-ÄndG)****- zustimmungsfrei -**

- Modellprojekt zur Einführung der fakultativen Online-Stimmabgabe bei den Krankenkassen im Rahmen der Sozialversicherungswahlen 2023
- Krankenkassen können Pilotprojekt für elektronische Verwaltungsakte starten
- Verbesserung bestehender Verfahren in der Sozialversicherung, u. a. elektronischer Datenaustausch mit Sozialversicherungsträgern

01.07.2020	Inkrafttreten
05.06.2020	2. Durchgang Bundesrat
07.05.2020	2./3. Lesung Bundestag
20.04.2020	Anhörung im schriftlichen Verfahren im Ausschuss für Arbeit und Soziales
12.03.2020	1. Lesung Bundestag
14.02.2020	1. Durchgang Bundesrat
18.12.2019	Kabinettsbeschluss
23.10.2019	Verbändeanhörung BMAS
25.09.2019	Referentenentwurf

Gesetz zur Reform der Notfallversorgung**- zustimmungsfrei -**

- Einrichtung Gemeinsamer Notfallleitsysteme (GNL) – verbindliche Zusammenarbeit der Träger der Rettungsleitstellen (Rufnummer 112) und der Kassenärztlichen Vereinigungen (Rufnummer 116117)
- Schaffung Integrierter Notfallzentren (INZ) in ausgewählten Krankenhäusern, fachliche Leitung durch die Kassenärztlichen Vereinigungen
- Eigenständiger Leistungsbereich für den medizinischen Rettungsdienst im SGB V
- Sicherstellungsauftrag für die vertragsärztliche und notdienstliche Versorgung (je nach Landesrecht mit Ausnahme des Rettungsdienstes) liegt bei den Kassenärztlichen Vereinigungen

17.02.2020	Verbändeanhörung BMG
08.01.2020	Referentenentwurf (nun zustimmungsfrei)
12.07.2019	Diskussionsentwurf (zustimmungspflichtig)

Gesetz zur Stärkung der Vor-Ort-Apotheken**- zustimmungsfrei -**

- Einheitliche Apothekenabgabepreise für verschreibungspflichtige Arzneimittel
- Erhöhung der Apothekenvergütung
- Zusätzliche pharmazeutische Dienstleistungen und Modellvorhaben Grippeimpfung

20.09.2019	1. Durchgang Bundesrat
------------	------------------------

17.07.2019	Kabinettsbeschluss
23.05.2019	Verbändeanhörung BMG
08.04.2019	Referentenentwurf

Gesetz zur Anpassung des Medizinproduktgerechts an die Verordnung (EU) 2017/745 und die Verordnung (EU) 2017/746

(Medizinprodukte-EU-Anpassungsgesetz – MPEUAnpG)

- zustimmungspflichtig - besonders eilbedürftig

- Überwachung von Medizinprodukten künftig auf Bundesebene durch BfArM und PEI
- Errichtung und Betrieb zentrales Medizinprodukteinformations- und Datenbanksystem durch DIMDI
- Einführung neuer Aufsichtsmittel und Schiedsverfahren in der Hilfsmittelversorgung
- Verschiebung des Inkrafttretens der nationalen Regelungen zur EU- Medizinprodukte-Verordnung aus dem Medizinprodukte-EU-Anpassungsgesetz

26.05.2021	Inkrafttreten des Gesetzes Am Tag nach Verkündung des Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite
27.03.2020	2. Durchgang Bundesrat
05.03.2020	2./3. Lesung Bundestag
04.03.2020	Abschluss im Gesundheitsausschuss
15.01.2020	Anhörung im Gesundheitsausschuss
20.12.2019	1. Durchgang Bundesrat
19.12.2019	1. Lesung Bundestag
06.11.2019	Kabinettsbeschluss
25.09.2019	Verbändeanhörung BMG
29.08.2019	Referentenentwurf

Gesetz zur Reform der Psychotherapeutenausbildung

(Psychotherapeutenausbildungsreformgesetz – PsychThGAusbRefG)

- zustimmungspflichtig -

- Schaffung eines einzigen Berufsbilds des Psychotherapeuten
- Einführung eines 5-jährigen Direktstudiums, das zur Approbation führt und zur Ausübung der Heilkunde berechtigt
- Gestuftes Bachelor- und Master-Studium
- 3-jährige Weiterbildung zur fachlichen Vertiefung und Spezialisierung
- Während der Weiterbildung vergütete Tätigkeit im Angestelltenverhältnis

01.09.2020	Inkrafttreten
08.11.2019	2. Durchgang Bundesrat
26.09.2019	2./3. Lesung Bundestag
15.05.2019	Anhörung im Gesundheitsausschuss
09.05.2019	1. Lesung Bundestag

12.04.2019	1. Durchgang Bundesrat
27.02.2019	Kabinettsbeschluss
04.02.2019	Verbändeanhörung BMG
03.01.2019	Referentenentwurf

Gesetz zur Weiterentwicklung des Berufsbildes der Ausbildung der pharmazeutisch-technischen Assistentinnen und pharmazeutisch-technischen Assistenten

(PTA-Reformgesetz)

- zustimmungspflichtig -

- Aktualisierung und Neustrukturierung der Ausbildungsinhalte
- Neuregelungen in der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung

01.01.2021	Inkrafttreten
20.12.2019	2. Durchgang Bundesrat
14.11.2019	2./3. Lesung Bundestag
23.10.2019	Anhörung im Gesundheitsausschuss
17.10.2019	1. Lesung Bundestag
11.10.2019	1. Durchgang Bundesrat
28.08.2019	Kabinettsbeschluss
16.04.2019	Referentenentwurf

Gesetz über die Ausbildung zur Anästhesietechnischen Assistentin und zum Anästhesietechnischen Assistenten (ATA) und über die Ausbildung zur Operationstechnischen Assistentin und zum Operationstechnischen Assistenten (OTA)

- zustimmungspflichtig -

- Bundeseinheitlich geregelte Ausbildung der Anästhesie- und Operationstechnischen Assistentinnen und Assistenten
- Vernetzung von theoretischem und praktischem Unterricht mit der praktischen Ausbildung
- Einführung einer Ausbildungsvergütung

01.01.2022	Inkrafttreten
29.11.2019	2. Durchgang Bundesrat
07.11.2019	2./3. Lesung Bundestag
21.10.2019	Anhörung im Gesundheitsausschuss
17.10.2019	1. Lesung Bundestag
20.09.2019	1. Durchgang Bundesrat
26.06.2019	Kabinettsbeschluss
16.04.2019	Referentenentwurf